

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Claudia Stamm, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Expertenanhörung Kommunalen Finanzausgleich

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen führt zusammen mit dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit 2012 eine Expertinnen- und Expertenanhörung mit Gutachtern und kommunalen Spitzenverbänden zum kommunalen Finanzausgleich in Bayern durch. Hierbei soll es um folgende Fragestellungen gehen:

- Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen,
- Finanzausgleich zwischen den Kommunen,
- Umsetzung der Vorgaben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes auf Transparenz im Verfahren des kommunalen Finanzausgleichs.

Begründung:

Die aktuellen Daten zeigen eine deutliche Schiefelage bei den bayerischen Kommunen – der kommunale Finanzausgleich ist reformbedürftig. Es besteht Klärungsbedarf in Bezug auf das richtige Volumen des kommunalen Finanzausgleichs, darüber, wie Übernivellierung verhindert werden kann, darüber, wie die Grundlage für gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern geschaffen werden kann, und darüber, wie die kommunalen Aufgaben und Ausgaben sinnvoll zu erfassen sind.

Nur eine transparente Diskussion kann zu einer sachgerechten Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs führen.

Die Finanzsituation vieler Städte und Gemeinden in Bayern ist teilweise höchst besorgniserregend. Auch im zurückliegenden Jahr schaffte es ein Drittel der bayerischen Kommunen nicht, die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt zu leisten. Zehn Prozent der Kommunen konnten überhaupt keine Zuführung leisten.

Es gelingt dem kommunalen Finanzausgleich in seiner jetzigen Ausgestaltung nicht ausreichend, die unterschiedliche Finanzkraft der einzelnen Kommunen auszubalancieren und damit das Gebot gleicher Lebensbedingungen in allen Regionen, Landkreisen, Städten und Gemeinden abzusichern. So verweist die von der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden in Auftrag gegebene Studie auf eine schwierige Situation kreisangehöriger Gemeinden über 20.000 Einwohner, einiger kreisfreier Städte und kleiner Gemeinden. In diesem Zusammenhang verweist unter anderem der Bayerische Gemeindetag auf 500 Kommunen, die auf die Hilfestellung der Staatsregierung warten.